

Küste erwartet die erste große Urlauberwelle

Wegen Schlechtwetter bleiben Spontanurlauber weg

VON HANS-CHRISTIAN WÖSTE

WANGEROOGE/EMDEN. Wenig sommerliches Wetter trübt die Aussichten auf die Urlaubssaison an der niedersächsischen Nordseeküste. Mit dem Ferienbeginn in Nordrhein-Westfalen wird am kommenden Wochenende und in den Tagen darauf die erste große Reisewelle an der Küste erwartet. „Bei diesem Wetter bleiben aber viele Spontanurlauber weg“, sagte gestern Katja Benke von der Tourismusgesellschaft Die Nordsee. Das könne sich auf die Auslastung in den Ferienorten auswirken. Die meisten Urlauber, die jetzt aus dem bevölkerungsreichsten Bundesland anreisen, hätten weit im Voraus gebucht und würden nicht wegen des Wetters absagen.

An diesem Wochenende füllen sich etwa auf der Ferieninsel Nordsee die letzten Betten. „Der Sommer soll dann in der nächsten Woche so richtig durchstarten“, wünscht sich Marketingleiter Dirk Visser. Hochbetrieb herrscht seit Wochen im Wangerland: Auf einem der größten deutschen Campingplätze in Schillig mit 1500 Stellplätzen rollen die Wohnmobile unverdrossen ein und aus.

Die Veranstalter am Festland und auf den Inseln hoffen jedoch besonders für die vielen Angebote im Freien auf mehr Sonne. Ein großes maritimes Programm erwartet die Besucher zum Beispiel beim „41. Wochenende an der Jade“ vom 2. bis 5. Juli in Wilhelmshaven. Wem es draußen zu frisch ist, der kann von Freitag an das neue Nordsee-Aquarium auf der Insel Borkum mit 16 Themenbecken besuchen. Auf schlechtes Wetter hat sich auch die Kunsthalle in Emden eingestellt: Wegen des großen Erfolgs wird die Ausstellung über den Künstler Paul Klee bis zum 19. Juli verlängert.

Unbekannte tauschen Ortsschilder aus



Reinhausen? Ballenhausen? Dieses Schild stand am Ortseingang von Stockhausen.

GÖTTINGEN. In mehreren Orten in Südniedersachsen haben Unbekannte in der Nacht zu Dienstag die Eingangsschilder entfernt und dann in anderen Orten wieder angebracht. Die Täter seien handwerklich völlig korrekt vorgegangen, sagte eine Polizeisprecherin. „Sie haben alle Schilder ordentlich ab- und wieder angeschraubt. Zerstört wurde nichts.“ Betroffen waren die Dörfer Klein Schneen, Stockhausen, Oberjesa, Ballenhausen, Reinhausen und Harste im Landkreis Göttingen, die Stadt Göttingen sowie die Dörfer Paresen und Nörten-Hardenberg im Landkreis Northeim. Die Straßenmeisterei hatte die vertauschten Schilder nach Angaben der Polizeisprecherin bis zum Mittag wieder an die richtigen Stellen gebracht. Sachschaden sei nicht entstanden. Der Scherz scheint sich wachsender Beliebtheit zu erfreuen: Vor wenigen Wochen hatten Unbekannte bereits in der Region Hannover Ortsschilder vertauscht.



„Es gibt akuten Handlungsbedarf“: Besonders in Anbaubereichen von Raps, Rüben und Mais wurden Pflanzenschutzmittel im Grundwasser gefunden.

Foto: dpa

Pestizide belasten Grundwasser

Trinkwasser ist nicht gefährdet / Land sieht Ursache in konventioneller Landwirtschaft

VON HEIKO RANDERMANN

HANNOVER. Das Grundwasser in Niedersachsen ist in weiten Teilen mit Pflanzenschutzmitteln belastet – das hat eine Studie des Landes ergeben. Umweltminister Stefan Wenzel (Grüne) betont, es gebe keine Gefahr für den Verbraucher, das Trinkwasser sei nicht betroffen. Damit das so bleibt, fordert er schärfere Zulassungsregeln für Pestizide in der Landwirtschaft.

Erarbeitet wurde die Studie vom Niedersächsischen Landesbetrieb für Wasserwirtschaft, Küsten- und Naturschutz (NLWKN). Der am Dienstag veröffentlichte „Themenbericht Pflanzenschutzmittel“ hat Daten aus 1200 Messstellen in ganz Niedersachsen ausgewertet. Demnach wurde zwischen den Jahren 2008 und 2013 an 135 Messstellen – das entspricht 11,3 Prozent – Pflanzenschutzmittel im Wasser nachgewiesen. Pestizidrückstände (Metaboliten) wurden sogar an 529 Messstellen (45 Prozent) gefunden. An insgesamt 113 Messstellen wird der von der EU vorgeschriebene Grenzwert von einem Mikrogramm pro

Liter überschritten. Vor allem Anbaubereiche von Raps, Rüben und Mais im Emsland, der Lüneburger Heide, aber auch in Teilen der Region Hannover-Braunschweig seien betroffen. Es sei ein „plausibler Zusammenhang zwischen Bewirtschaftung und Befundlage erkennbar“, heißt es im Bericht.

Die Belastung des Grundwassers betreffe allerdings nicht das Trinkwasser, sagte NLWKN-Sprecherin Herma Heyken.

„Da ist nichts drin.“ Trinkwasser werde in Niedersachsen nur in Wasserschutzgebieten und aus dem Oberharzer Wasserregal gewonnen und außerdem von den Wasserversorgern fortlaufend überprüft. Gleichwohl dürfe man sich darauf nicht ausruhen. „Der fortgesetzte Eintrag von Wirkstoffen stellt langfristig eine potenzielle Gefahr der Trinkwasserqualität einzelner Brunnen dar“, so Heyken.

Er sehe „akuten Handlungsbedarf“, sagte der Minister. „Pflanzenschutzmittel gehören nicht ins Grundwasser – auch nicht in Spuren“, meinte Wenzel. Er wolle sich dafür einsetzen, dass die Anwendung der Mittel eingeschränkt werde. Dafür solle das Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (BVL) überprüfen, ob die Standards für die Zulassung von Pestiziden noch zeitgemäß sind.

Das Bundesamt erklärte gestern auf Nachfrage, die Anforderungen an Pestizide seien im Laufe der Zeit schon sehr hoch geschraubt worden, mehrere Mittel seien deshalb auch vom Markt genommen worden. „Eine Notwendigkeit, die Zulassung generell noch weiter zu verschärfen, sieht das BVL nicht.“ Man werde den Bericht des NLWKN auswerten, gleichwohl seien die Ergebnisse „nicht überraschend und auch nicht alarmierend“.

Das sieht das NLWKN anders. Das Ergebnis sei sehr wohl alarmierend, wenngleich für Verbraucher noch kein Grund zur Sorge bestehe. „Wir können noch die Kurve kriegen“, so Heyken.

Noch viele Jahre später giftig?

Gefährliche Wirkstoffe: In den Proben fanden sich viele gängige Pflanzenschutzmittel. Am weitesten häufigsten fanden sich in den Grundwassermessstellen die Herbizide Bentazon, Isoproturon und Mecoprop sowie das Fungizid Metalaxyl. Aber auch Spuren von Pflanzenschutzmitteln, die bereits seit Jahren verboten sind, wurden vereinzelt nachgewiesen. Ob diese sich so lange im Boden halten konnten oder in jüngerer Zeit illegal eingesetzt wurden, ist unklar.

Meistens wurde bei den Messungen nicht der vollständige Wirkstoff nachgewiesen, sondern Abfallprodukte, sogenannte Metabolite. Diese Reste werden eingeteilt in relevante Metabolite, die nach wie vor giftig oder krebserregend sind, und nicht relevante Metabolite, die keine Pestizidwirkung mehr aufweisen. Nicht relevante Metabolite wurden im Rahmen der aktuellen Studie weitaus häufiger gefunden als relevante. ran

Kommunen bekommen fast halbe Milliarde Euro

Finanzschwache Gemeinden sollen in die Zukunft investieren können / Minister: Im nächsten Jahr wird's enger

VON MICHAEL B. BERGER

HANNOVER. Niedersachsens Kommunen können in diesem Jahr mit mehr Geld rechnen – vom Bund und vom Land. Per Kabinettsbeschluss stellte die Landesregierung am Dienstag 327,5 Millionen Euro in Aussicht, die der Bund für Zukunftsinvestitionen, etwa für den Breitbandausbau, an besonders finanzschwache Kommunen verteilt. Allerdings bekommt von diesem Geldsegen nahezu jede Kommune etwas ab. Nur 22 von 447 Gemeinden Niedersachsens stehen nicht auf der Liste, die Innenminister Boris Pistorius (SPD) gestern verteilte. „Das ist ein wirklich guter Tag für die Kommunen“, strahlte der Minister.

Wer was genau bekommt, ist nach den Kriterien Einwohnerzahl, Arbeitslosenquote und dem Stand der Kassenkredite berechnet worden – von A wie Achim bis Z wie Zeven. Große Städte

wie die Landeshauptstadt Hannover sind mit 11,3 Millionen Euro dabei (die Region Hannover mit 25,4 Millionen), das wesentlich kleinere, aber noch ärmere Hildesheim mit 6,4 Millionen (Landkreis Hildesheim 5,6 Millionen). Die arme Stadt Northeim ist mit knapp 1,4 Millionen Euro dabei, der Landkreis mit 3,8 Millionen Euro.

Das Geld werde strukturschwachen Kommunen nicht völlig aus der Krise helfen, aber doch Anreize schaffen, wichtige Investitionen nachzuholen, sagte Pistorius. „Das ist ein starkes Signal für die kommunale Selbstverwaltung.“ Der Innenminister hofft, ein entsprechendes Gesetz zur Vergabe der Mittel, die möglichst unbürokratisch geschehen soll, noch in der Julisitzung des Landtages über die Bühne zu bringen.

Darüber hinaus hat das Landeskabinett einen Nachtragshaushalt beschlossen, der vor allem wegen der immens

gestiegenen Flüchtlingszahlen nötig wurde, aber auch wegen Fehleinschätzungen des Bedarfs an Kita- und Krippenplätzen. Er umfasst nach Angaben von Finanzminister Peter-Jürgen Schneider (SPD) gut 200 Millionen Euro. „Wir haben Glück, dass wir die Mehrausgaben durch Steuermehreinnahmen in diesem Jahr bezahlen können“, sagte Finanzminister Schneider. „Im nächsten Jahr wird's enger.“ Die spätestens im Jahr 2020 vorgeschriebene Schuldenbremse sei allerdings nicht gefährdet.

Im Ergebnis bekämen die Kommunen jetzt doch wesentlich mehr für Flüchtlingsbetreuung als bisher erwartet, meinte Innenmi-

nister Pistorius. So werden die Kommunen mit insgesamt 120 Millionen Euro zusätzlich unterstützt. Hierin ist eine Soforthilfe des Landes in Höhe von 40 Millionen enthalten sowie pauschale Hilfen des Bundes von 80 Millionen – von denen das Land letztlich aber auch die Hälfte zahlt. „Die Kommunen kommen fast auf 10 000 Euro pro Jahr und Flüchtling“, rechnete Pistorius vor. Besondere (Gesundheits-)Hilfen sind auch für weibliche Opfer des „Islamischen Staates“ vorgesehen, die nach Niedersachsen geflüchtet sind.



Foto: dpa

Schnelles Internet für alle: Mit dem Geld können strukturschwache Regionen etwa den Breitbandausbau fördern.



„Trennung von Staat und Kirche“: Protest gegen den Loccumer Vertrag. Foto: Körner

Leiser Protest begleitet Kirchenempfang

Atheisten müssen bei Weil draußen bleiben

VON MICHAEL B. BERGER

HANNOVER. Sie hielten Transparente hoch, die gegen das Läuten von Kirchenglocken ebenso protestierten wie gegen den Einzug von Kirchensteuern durch den Staat. Ein buntes Bündnis aus Humanistischer Union, dem Internationalen Bund der Atheisten und der Konfessionslosen sowie der Piraten und der Grünen Jugend fand sich am Dienstag vor dem Gästehaus der Landesregierung in Hannover ein. Mit leisem Protest und stillem Grimm verfolgten manche den Konvoi von Dienstwagen, aus denen entweder Minister oder evangelische Bischöfe oder Kirchenpräsidenten ausstiegen. Die Landesregierung hatte zur Feier im kleinen Kreis eingeladen – und die Atheisten mussten draußen bleiben. Denn 60 Jahre Loccumer Vertrag wurden gefeiert, das erste staatskirchenrechtliche Abkommen, das Niedersachsen nach dem Zweiten Weltkrieg abgeschlossen hat.

Und während drinnen die grüne Fraktionsvorsitzende Anja Piel mit den Bischöfen und Ministerpräsident Stephan Weil (SPD) auf die gute Zusammenarbeit zwischen Staat und Kirche anstieß, erregte sich draußen Politikstudent Marcel Duda von der Grünen Jugend über den Einzug von Kirchensteuern und das Tanzverbot an stillen Tagen. Hannovers Landesbischof Ralf Meister war ein paar Minuten früher zum Empfang gekommen, um mit den Demonstranten zu diskutieren. Albrecht Haupt von der Humanistischen Union hat der Bischof trotz aller Freundlichkeit nicht überzeugen können: „Staatskirchenverträge sind demokratiefremd, die Kirchenprivilegien gehören abgeschafft.“

Auch der Ministerpräsident änderte seine Meinung nicht. Er kam zwar kurz herüber, schüttelte Hände mit den Demonstranten, um dann zum Empfang zu gehen. Er schätze das gute Verhältnis zur Kirche. Sprach's und verschwand.

Film-Institut wird Flüchtlingsheim

GÖTTINGEN. Die Stadt Göttingen findet nicht mehr genügend Wohnungen für Flüchtlinge. Deshalb werde jetzt das seit Jahren leer stehende frühere Institut für den wissenschaftlichen Film zur Flüchtlingsunterkunft umgebaut, sagte ein Sprecher am Dienstag. Das habe der zuständige Ratsausschuss einstimmig beschlossen. Ab Oktober sollen in dem Gebäudekomplex rund 150 Menschen untergebracht werden. Der Umbau koste etwa 300 000 Euro.

Bereits Anfang September soll in Göttingen eine zweite große Unterkunft für etwa 180 Flüchtlinge auf einem früheren Bundeswehrgelände bezugsfertig sein. Die Stadt beherbergt derzeit rund 700 Flüchtlinge. Bis zum Jahresende werden weitere 600 Menschen erwartet.

Glückwünsche zum Abitur!

Grüßen Sie Ihre Kinder, Enkel, Nichten und Freunde mit einer persönlichen Anzeige zum bestandenen Abitur und zum Schulabschluss.

Online geht das ganz bequem über haz.de. Wählen Sie aus verschiedenen Musteranzeigen Ihr Lieblingsmotiv aus.

Auch persönlich sind wir für Sie da: Telefonisch: 0511 / 518 21 23 oder in einer unserer Geschäftsstellen.

Ihre Anzeige erscheint am Sonntagabend, 4. Juli. **Anzeigenschluss: 3. Juli, 10 Uhr**